

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,

Nachmittags 2 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Alle

resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 8 sgr. 9 pf.

Expedition:
Krautmarkt Nr. 1033.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 123. Sonnabend, den 8. Juli 1848.

Se. Majestät der König hat an den Staats- und Finanz-Minister
Hansemann nachstehende Cabinetsordre erlassen:

„Auf Ihren Bericht vom 17ten d. M. genehmige Ich, in Folge der
Ordre vom 3. Mai 1828 (Gesetz-Sammlung Seite 68), daß für die
Dauer der Zusammenziehung der Landwehr die Offiziere und Mannschaf-
ten, welche bereits zu den Fahnen einberufen sind oder noch einberufen
werden, sammt deren Haushalts-Angehörigen, ohne Rücksicht auf die Klasse,
zu welcher die Einberufenen eingeschätzt sind, für die Dauer der Einbe-
rufung und auch dann von der Klassensteuer befreit bleiben sollen, wenn
die zurückbleibenden Familien ein eigenes Gewerbe oder Landwirthschaft
treiben. Sanssouci, den 23. Juni 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contrafig.) Hansemann.“

G e s e t z ,
betreffend den mit der Anstellung oder Beförderung im
Staatsdienst verbundenen Verlust der Mitgliedschaft in der
zur Vereinbarung der Preussischen Staatsverfassung berufe-
nen Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen etc.

verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der Preussischen Staats-
Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staats-Mi-
nisteriums, was folgt:

Durch die Annahme eines besoldeten Staats-Amtes oder einer
Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied der zur
Vereinbarung der Preussischen Staats-Verfassung berufenen Ver-
sammlung Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle
nur durch eine neue Wahl wieder erlangen.

Urkundlich unter Unserer höchstehendenhändigen Unterschrift und beige-
drucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Sanssouci, den 7. Juni 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
(contr.) von Auerswald. Hansemann. von Schreckenstein.
Milde. Märker. Giercke. Kuhlvetter.

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. Das Ministerium hat einen sehr wichtigen Gesetz-
Entwurf über die Aufhebung der eximirten Gerichtsbarkeit in
Criminal-, fiskalischen und Injurien-Sachen ausgearbeitet und wird ihn
der Nationalversammlung vorlegen. |

— Am 7. Juli werden ein Cavallerieregiment und zwei Bataillone
des 12ten Infanterieregiments (noch nicht dasjenige Bataillon, welches am
18. März hier im Gefecht gewesen; es befindet sich in Schleswig) hier
einrücken. Der Magistrat hat diese Truppen zur größeren Sicherstellung
der Stadt und Umgegend requirirt und ursprünglich den Antrag gestellt,
sie dicht bei Berlin in Quartier zu bringen. Da es indessen an den nöthi-
gen Lokalitäten mangelt und hiesige Militärbauwerke leer stehen, werden die
Infanterie-Bataillone in den Casernen des Regiments Alexander und
Franz, und die Cavallerie in der neuen Caserne neben dem Zellengefäng-
niß einquartirt werden. — Das 1. und 2. Bataillon des 2. Garde-Re-
giments sind am 5. Juli von Magdeburg nach Potsdam abgegangen.

— Das Kriegsgericht hat, sicchem Vernehmen nach, seinen Ausspruch
über die in Untersuchung gewesenen drei Offiziere, den Hauptmann v.
Ragmer, den Premier-Lieutenant seiner Compagnie, und den Premier-
Lieutenant Tschow, bereits gethan. Jedoch ist die Bestätigung noch nicht
erfolgt. So lange bleibt der Ausspruch unpublicirt. Die Angeklagten
sind inzwischen nach der Festung Spandau abgeführt worden.

— Nachdem die Kurse an der Börse in den letzten drei Tagen einen
fortwährenden Aufschwung behauptet hatten, war besonders gestern ein
sehr lebhaftes Steigen bemerkbar. Einzelne Devisen stiegen um zwei bis
drei Prozent und die Kauflust war überaus reg. Wesentlich mochte hier-
auf die allgemein verbreitete Nachricht einwirken, daß mit Dänemark
dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen sei, den man
als den sichern Vorboten des Friedens zu betrachten schien.

— In Helb's „Lokomotive“ theilt der Buchdruckereibesitzer Reichardt
in Berlin Worte des Königs über den Prinzen von Preußen mit, deren
Zuhörer er beim Umzug in Berlin am 21. März d. J. gewesen war.
Dieselben lauten: „...Und nun, meine Herren! thut, was an euch ist, mit
dazu, ein Gerücht niederzuschlagen, das mit seinen schweren Folgen auf
meinem königlichen Bruder lastet. Mein Bruder ist Soldat durch und

durch. Obgleich mit dem biedersten und offensten Charakter begabt, ver-
steht er es nicht, der großen Masse zu schmeicheln, sich beliebt zu machen.
Dies der Grund, weshalb alle böswilligen Gerüchte einen willigen Glauben
finden. Ich kann Ihnen aber auf das Heiligste versichern, daß gerade
er es war, der uns seine vollste Zustimmung zu der neu betretenen Bahn,
die wir im Interesse des Glücks unseres Volkes einzuschlagen für Recht
fanden, gegeben hat. Er hat dieses aus seiner innigsten Ueberzeugung ge-
than — denn, meine Herren! betreten wir diesen Weg nicht zum Heile
unseres Volkes, zum Heile Deutschlands, so war unser Volk, so war Deutsch-
land verloren! (Mit bewegter und fast von Thränen erschütterter Stimme
sprach der König weiter): Ich gebe Ihnen das Höchste, was Ihr König
Ihnen geben kann: Ich gebe Ihnen mein königliches Ehrenwort, mein
Bruder ist unschuldig an allen den Handlungen, welcher er von einigen
Böswilligen bezichtigt wird. Ich erkläre diese Angaben für die niederträch-
tigsten Verleumdungen, ausgestreut von Uebelgesinnten, Konflikte zwischen
meinem lieben Volke und meinem Hause zu säen“ etc.

— In Breslau ist es am 2ten d. Mts. zu einem blutigen Kampfe
zwischen einigen Soldaten und s. g. Kräuternachern gekommen, dem durch
das Einschreiten der Bürgerwehr ein Ende gemacht wurde. Es sind meh-
rere Individuen verwundet worden.

Posen, 30. Juni. Ungemein rührig zeigen sich jetzt die Polen wie-
der in Berlin, wohin sie sich zum Theil von Frankfurt aus, wo ihre Sache
noch ruht, gewandt haben. Es gilt, die neuen Minister „in ihre Tasche
zu bekommen.“ Noch in den letzten Tagen des vorigen Ministeriums sind
sie mit einer Adresse hervorgetreten, in der sie bloß die Konstituierung der
ganzen Provinz Posen und des Mielauer und Kalmer Kreises in West-
preußen zu einem selbstständigen polnischen Staat unter Preussischer Hoheit
verlangen. — Erreichen sie dies nicht, dann soll die ganze Provinz Posen
Deutschland einverleibt werden. — Bewahre der Himmel uns und ganz
Deutschland vor einem solchen Danaergeschenk. Wir leben und sterben der
Ueberzeugung, daß nur durch eine Grenzregulirung zwischen uns und den
Polen hier im Osten der wunde Fleck gestrichet werden kann, und hoffen,
die projektirte Departementseinteilung in Preußen wird zur Ausführung
kommen und uns von unsern polnischen „Brüdern“ trennen. So werden
wir ihnen gern den Deutschen Schutz gönnen und mit Vergnügen in ihnen
den Keim zu einem kräftigen freien Polenreiche sehen. Aus der polnischen
hiesigen Zeitung erfahren wir auch unter Anderm, warum Hecker in seinem
Aufruf an das Deutsche Parlament der Polen nicht gedacht hat. Es ge-
schah dies nämlich par rancune, weil sie die Offizierstellen in seiner Armee
abgelehnt hätten. Dies hätte aber aus billigem Zartgefühl erfolgen müssen,
weil die Polen doch die Gastfreundschaft eines Volkes nicht verlegen konn-
ten, welches soeben erst die polnischen Gefangenen befreit und Flüchtlinge
aufgenommen hatte. (D. 3.)

Köln, 3. Juli. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr wurden der Prä-
sident des hiesigen Arbeitervereins, Dr. med. Gottschalk, und dessen
eifriger Helfer beim Werke der Arbeitsaufklärung und Republikanisirung
des Volks, Exlieutenant Anneke, in Folge eines vom Untersuchungsrichter
erlassenen Verhaftungsbefehls gefänglich eingezogen und ein Jeder einzeln
unter Gendarmenbegleitung nach unserm neuen Arresthause gebracht, in
welchem Beide schon um die Mitte des März saßen, aber damals in Folge
der Berliner Unruhen schnell wieder entlassen wurden. Auch die Beschlag-
nahme ihrer Papiere ist verfügt worden. Genaue Aufklärung über den
Grund dieser von der gerichtlichen Behörde anbefohlenen Verhaftungen
läßt sich erst nach Bekanntwerden des weiteren Verlaufs der Untersuchung
und des Ergebnisses derselben erwarten. Dem Vernehmen nach lautet
die gegen sie vorliegende Beschuldigung auf das Verbrechen, Vorschläge
zum Zweck des Umsturzes der bestehenden Regierung gemacht zu haben —
ein Verbrechen, welches nach unserm Strafgesezbuche mit fünfjähriger Ein-
sperre bestraft wird. In ihren Vorträgen, welche sie auf dem Demo-
kratencongreß zu Frankfurt und hier im Arbeitsverein etc. hielten, sollen
sich Gottschalk und Anneke des ihnen zur Last gelegten Verbrechens schul-
dig gemacht haben; auch höre ich, daß man sie mit einem aufrührerischen
Plakat in Verbindung bringt, das vor etwa 8 Tagen an unsern Straßen-
Ecken angeschlagen war. Ihre Verhaftung hat natürlich unter ihren zahl-
reichen Anhängern aus der arbeitenden Klasse gewaltigen Eindruck gemacht,
und man sah diese Leute heute auf den Straßen und Plätzen lebhaft ge-
stikulirend beisammen stehen, besorgt auch für den Abend Unruhestörungen. Die
Wache am Arresthause ist daher bedeutend verstärkt worden und die Bür-
gerwehr wird nebst den Truppen in Bereitschaft stehen, um einem etwaigen
Befreiungsversuch oder sonstigen Excessen, wie wir sie in kleinem
Maßstabe schon in voriger Woche zwei Mal erlebten, sofort kräftig ent-
gegentreten. (D. A. 3.)

Dresden, 4. Juli. Auf Anregung ihrer Präsidenten vereinigten sich

gestern die Mitglieder beider Kammern zu einer Fahrt nach Pillnitz, um dem König für die den Ständen mittelst Dekrets bekannt gegebene (bereits gestern mitgetheilte) Anerkennung der Beschlüsse der Frankfurter Versammlung persönlich zu danken. Nachmittags 3 Uhr verließ das Dampfschiff Prinz Albert, auf welchem die Herren Staatsminister Dr. Braun, Dr. v. d. Pforten, Oberländer, Georgi und der interimistische Kriegsminister Oberst Alster, so wie sämtliche in Dresden anwesende Kammermitglieder, unter diesen Prinz Johann sich befand, den Quai unterhalb der mit Hunderten von Zuschauern bedeckten Brühl'schen Terrasse, und zwar in demselben Augenblick, als in der Stadt auf Anordnung des Kultusministeriums das Geläute sämtlicher Glocken zur Feier der getroffenen Wahl des Reichsverweisers ertönte. (D. A. Z.)

Darmstadt, 25. Juni. Der Großherzog hat in seinem Hofhalt wesentliche Einschränkungen vorgenommen; an die im Auslande lebenden Prinzen ist die Aufforderung ergangen, nach Hessen zurückzukehren, wenn sie ihre Apanage nicht verlieren wollten.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die heutige Tagesordnung der deutschen Nationalversammlung war der Entwurf der Grundrechte des deutschen Volks. Vor Eröffnung der desfallsigen Beratungen mußte nothwendig über die Form derselben eine Entscheidung getroffen werden. Der Ausschusspräsident, Abgeordn. Bessler, ergriff die Initiative hierzu, indem er im Namen des Ausschusses den Antrag stellte, aus Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Sache eine doppelte Verathung und Abstimmung vorzunehmen. Der Antrag fand alsbald Unterstützung an dem Abg. Schwetschke, der ihn jedoch dahin modifizierte, daß die erste Abstimmung keine namentliche sein solle, und an dem Abg. v. Linde, der sich etwas weitläufig in eine Parallele mit den englischen und französischen Kammerverhandlungen einließ und deshalb zum Verathungsgegenstande zurückgerufen werden mußte. Das Resultat war, daß der Ausschussantrag mit Mehrheit (gegen die Linke) angenommen wurde. Nach demselben soll eine zweimalige Verathung und Abstimmung über jeden Paragraphen statt finden, und zwar die zweite unmittelbar, nachdem die erste Abstimmung statt gefunden und die aus derselben hervorgehende neue Redaction vorgelegt sein wird. — Der hierauf zur Verathung gebrachte Antrag des Abgeordneten Schwetschke: daß die erste Abstimmung keine namentliche sein solle, gestaltete sich zu einer Prinzipienfrage, wobei die Linke den Antrag von vorne herein als der Geschäftsordnung widersprechend bekämpfte und die namentliche Abstimmung als ein Recht festhielt. Abgeordneter Schwetschke erklärte hierauf, wenn sein Antrag so genommen werde, daß damit auf die Abstimmung selbst eingewirkt werden solle, so nehme er diesen Antrag, der nur Zeitersparniß bezwecke, zurück. Abg. Wiedenmann nahm ihn wieder auf, die Versammlung erklärte ihn jedoch für unzulässig. Ein Vorschlag des Präsidenten, daß alle Amendements 48 Stunden vor der Verathung des betreffenden Artikels einzureichen seien, blieb ohne Folge, doch erklärte der Präsident, Amendements, die während der Sitzung erst übergeben würden, nicht berücksichtigt zu können. Auf des Abgeordneten Hollandt Antrag beschloß man ferner, daß keine allgemeine Debatte, wohl aber bei jedem Artikel eine generelle Besprechung seines Prinzips stattfinden solle.

Entwurf der Grundrechte des Deutschen Volks.

Dem Deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der Deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines Deutschen Einzelstaats soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Art. 1. §. 1. Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, übt er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat. §. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staats Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindegürgerrecht gewinnen: vorerst unter denselben Bedingungen, wie die Angehörigen des betreffenden Staats, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten nach obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staats darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. 2. §. 6. Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. §. 7. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Fall der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten vorgewiesen werden. §. 8. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Hausdurchsuchung darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden. Für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen statt. §. 9. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet; die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegesfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. §. 10. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort oder Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Pressfreiheit darf weder durch Censur noch durch KonzeSSIONen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Pressvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Art. 3. §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihre Bekenntnisse durch den Staat bedarf es nicht. §. 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. §. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung

des Civilactes abhängig, die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden.

Art. 4. §. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. §. 18. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen steht jedem unbescholtenen Deutschen frei. §. 19. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Allen Unbemittelten soll auf öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden. §. 20. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wo und wie er will.

Art. 5. §. 21. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Landstände und in den geeigneten Fällen an die Reichsversammlung zu wenden. Dies Recht kann sowohl von Einzelnen als von Mehren im Verein ausgeübt werden. §. 22. Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen amtlicher Handlungen gerichtlich zu verfolgen; einer vorgängigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf es dazu nicht. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besondern Bestimmungen vorbehalten.

Art. 6. §. 22. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. §. 24. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Art. 7. §. 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. §. 26. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und nach vorgängiger gerechter Entschädigung vorgenommen werden. §. 27. Alle guts- und schutzherrlichen Grundlasten, Zehnten, ländliche Servituten, soweit diese letztern der freien Benutzung und Kultur des Bodens hinderlich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. §. 28. Ohne Entschädigung aufgehoben sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstück zuständigen Hoheitsrechte und Privilegien; b) die aus solchen Rechten herfließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben; c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verhältnisse entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist. §. 30. Die Besteuerung (Staats- und Gemeindefasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört. §. 31. Aller Lehnverband soll gelöst werden; in welcher Art, bestimmt die Landesgesetzgebung. §. 32. Die Vergrößerung bestehender und die Stiftung neuer Familienfideikomisse ist untersagt. Die bestehenden können durch Familienbeschluß aufgehoben oder abgeändert werden. §. 33. Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden.

Art. 8. §. 34. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. §. 35. Es soll keinen privilegierten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. §. 36. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen versetzt werden. Der Richter darf wider seinen Willen nur auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen in Ruhestand versetzt werden. §. 37. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch Männer aus dem Volke geübt oder mitgeübt werden (Handelsgerichte, Fabrikgerichte, Landwirtschaftsgerichte u. s. w.). §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt sein. §. 41. Die Verwaltungspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. §. 42. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in jedem Deutschen Lande gleich den Erkenntnissen der Gerichte dieses Landes vollziehbar.

Art. 9. §. 43. Jede Deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a. die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b. die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Trümpolizei, c. die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes, d. Offenheit der Verhandlungen, soweit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, e. allgemeine Bürgerwehr. Die Ordnung der Bürgerwehr und ihr Verhältniß zur allgemeinen Wehrpflicht wird ein Reichsgesetz bestimmen. §. 44. Jedes Grundstück muß einem Gemeindevorstande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wäldereien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Art. 10. §. 45. Jeder Deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben. §. 46. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Ständeversammlungen sind in der Regel öffentlich.

Art. 11. §. 47. Den nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchwesen, dem Unterrichte, der Literatur, der inneren Verwaltung und Rechtspflege.

Art. 12. §. 48. Jeder Deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der Deutschen Nation.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die radikal-demokratische, d. h. die entschieden republikanische Partei der deutschen Nationalversammlung (es zählt übrigens diese Partei nicht mehr als 25 Mitglieder), hat nun ein Manifest an das deutsche Volk erlassen, um diesem die Meinung beizubringen, als sei durch die Beschlüsse der konstituierenden Versammlung über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt und durch die Wahl des Herzogs Johann zum Reichsverweser die Volkssouveränität preisgegeben. Es drückt diese Partei am Schluß ihres Manifestes die Ueberzeugung aus: daß der entschieden ausgesprochene Wille des Volkes bald eine Wendung der Dinge herbeiführen werde, mächtig genug, die Interessen unsers großen Vaterlandes und der Freiheit zu wahren. — Bei einer Arbeiterversammlung, welche gestern Nachmittag in der Reithahn statt gefunden, brachten mehrere Redner die Pariser Vorgänge zur Sprache und gaben den Arbeitern die Versicherung, daß trotz der Niederlage, welche die soziale Republik diesmal in der Hauptstadt Frankreichs erlitten, die soziale Revolu-

lution dennoch bei späteren Versuchen, die nicht ausbleiben würden, obliegen werde. Die Zahl der Arbeiter, welche diesen Versammlungen beizuhören, schmilzt indeß mehr und mehr zusammen. — Ronge verläßt, wie verlautet, heute unsere Stadt, um sich nach Preußen zurückzugeben.

(D. A. Z.)

Der „Narb. Korresp.“ schreibt aus Frankfurt a. M. vom 30. Juni: „Aus zuverlässiger Quelle theile ich Ihnen mit, daß sich im Augenblick von Seiten der nordamerikanischen Freistaaten ein Gesandter hier befindet, welcher nur die Ankunft des Reichsverweisers erwartet, um sofort seine Kreditiv zu überreichen und die Neugestaltung Deutschlands anzuerkennen.“

Frankfurt, 4. Juli. (Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Ungeachtet des Beschlusses vom letzten Sonnabend, daß drei Sitzungen für die Verathung der Grundrechte, der Freitag für andere Gegenstände verwendet werden sollten, wurde heute doch Hr. R. Blum das Wort gegeben, um seine Interpellation über das verhängliche Schreiben des Bundes-tags an den Reichsverweiser (s. Nr. 118 d. Jtg.) zu begründen. — Die Ausnahme wurde gemacht, die Grundrechte mußten warten, die Interpellation ging vor, — doch — keine Interpellation, denn es fehlt an ihrem Ziele, der Ministerbank; ein Antrag war es, den Hr. R. Blum begründete. Er bezweckte nichts Geringeres, als von der Bundesversammlung eine amtliche Erklärung über Sinn und Bedeutung ihres Glückwünschungs-schreibens an den Reichsverweiser zu verlangen, insbesondere darüber, wie sie dazu gekommen sei, schon vor der Wahl die Zustimmung der Regierungen zu erlangen. War dies Geschwindigkeit oder Hererei, — das ist die Frage, von deren Beantwortung nach Hr. R. Blum Sein oder Nichtsein der Versammlung abhängt. Zwar hätte jedes Kind in Deutschland längst gewußt, daß Erzherzog Johann von Oesterreich gewählt werden würde; aber ein Kind ist keine Leiche, die Bundesleiche hätte nichts wissen sollen, durch ihr Wissen wird sie verächtlich, ein Gespenst zu sein, und Gespenster werden nicht geduldet. Kaum war die feierliche Wahl in der Paulskirche verkündet, so brachte ein Eilbote des Bundestags dem Gewählten die Kunde und die vorher eingeholte freudige Zustimmung der Regierungen. — Wie durch dieses „ganz unangemessene“ Verfahren die Bedeutung der Nationalversammlung herabgedrückt wird, dies erklärte der Redner. Man hat die Zustimmung der Regierungen nicht begehrt, nicht gewollt, sie durfte auch also nicht gegeben werden. Ein andermal könnte eine Verweigerung folgen. Andere werden schwer begreifen, wie die Bedeutung der Nationalversammlung kleiner werden könne, wenn die Regierungen ihren Beschlüssen unverzüglich zustimmen, zumal nachdem die Mehrheit im Vertrauen oder in der Voraussetzung, daß die Regierungen beistimmen werden, gewählt hatte. Viele würden eine Beeinträchtigung des Ansehens der Versammlung darin gesehen haben, wenn der Bund sich ihrem Beschlüsse widersetzt und die Regierungen zum Widerstande gemahnt hätte. So mögen Andere denken; die Linke aber denkt anders, und sie hat Recht; denn nichts ist fataler, als wenn ein todtegeglaubter Feind sich wieder regt und Ruhm erwirbt. — Die Linke ist die ängstliche Wächterin über das Vertrauen des Volks zu der Versammlung. Dies beweisen ihre Reden und Manifeste gegen dieselbe, die mehr oder weniger verdeckten Andeutungen, daß die Versammlung durch die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverweisers die Volkssouveränität preisgegeben habe, daß das Volk der Versammlung den Garaus machen möge. Daß dieses Auftreten weit mehr als die Zustimmung der Regierungen geeignet ist, das Vertrauen des Volkes zu der Versammlung zu stärken, dies beweisen uns Zuschriften, wie jene von Leipzig mit 10,000 Unterschriften, welche dem Abgeordneten der Stadt kund und zu wissen thut, daß das Volk mit der Nationalversammlung mehr zufrieden ist, als mit Herrn R. Blum. Dazu kommt das heute verlesene Schreiben der nach Wien gesandten Deputation aus Würzburg, welches den Jubel schildert, womit die Wahl des Reichsverweisers und die Voten der Versammlung überall aufgenommen werden — obgleich die Bundesversammlung zugestimmt hat. Es könnte beinahe scheinen, als ob zeitraubende Anträge, wie der heutige, das Vertrauen des Volkes zu ihren Urhebern empfindlicher verletzen, als das Zeit ersparende Schreiben des Bundes an den Reichsverweiser dem Vertrauen zu der Versammlung schadet. Wo zu die Verhandlungen — fragt endlich Herr Rob. Blum — wenn der Bundestag das Ergebnis schon zum Voraus kennt? Die Frage war nicht glücklich gewählt, denn über die Wahl haben gar keine Verhandlungen statt gefunden, das Gesetz dagegen ist nicht Gegenstand des Glückwünschungsschreibens, und wenn dasselbe zu einem Direktorium und nicht zu einem Reichsverweiser geführt hätte, so würde der Bundestag — so melden unsere eben so geheimen als zuverlässigen Quellen — sein Glückwünschungsschreiben an den Erzherzog Johann nicht abgesendet haben. — Entweder steht nichts hinter dem Schreiben, dann ist es eine gleichgültige Sache, oder es steckt etwas dahinter, dann muß das Was an's Licht kommen, und darum wollen wir eine amtliche Erklärung vom Bundestag — so schloß Herr R. Blum. Eine amtliche Erklärung, — nur keine Erwiderungen von Hr. v. Schmerling, denn diese sind unangenehm, wie die Erfahrung lehrt. — Doch — so groß auch sonst die Bereitwilligkeit des Bundes sein mag, den Wünschen der Versammlung zu entsprechen — dem Wunsche des Hrn. Blum ward nicht entsprochen. — Herr von Schmerling betrat die Rednerbühne, löste leichter als Debipus das Räthsel, und der Antrag rollte wie die Sphinx in den Abgrund der Tagesordnung.

(D. A. Z.)

Hamburg, 6. Juli. Dem Vernehmen nach wird, den Bestimmungen des zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes gemäß, zehn Tage nach erfolgter Ratifikation desselben die Freigebung der in Kopenhagen zurückgehaltenen Deutschen Schiffe und sechs Tage nach erfolgter Ratifikation die Aufhebung der Blockade der Deutschen Häfen stattfinden.

(Hamb. Börsen-Halle.)

Sadersleben, 2. Juli. Die Dänen wären dieses Mal beinahe von den Deutschen wirklich überrascht worden. General Hedemann hatte am 29. v. Mts. in seinem Hauptquartier zu Christiansfeld ein Concert veranstaltet, ohne Ahnung von dem Umgehungsplan zu haben. Kaum bekommt er in der Nacht Wind davon, als er allen Abtheilungen seines Heeres die Weisung zugehen läßt, auf dem kürzesten Wege nach Jütland hin sich davon zu machen. Ein paar Gefangene, ein paar Ueberläufer, darin besteht, abgesehen von der Räumung Schleswigs, das Resultat des Tages. Die Dänen sind etwa 20,000 Mann stark gewesen und hatten starke Stellungen inne, die fast ohne Schuß und Schwerförmig geräumt worden.

(Alt. Merc.)

Oesterreich.

Wien, 4. Juli. Die ersten Ereignisse in den Donaufürstenthümern machen hier einen sehr betrübenden Eindruck. Es ist mehr als gewiß, daß der Hospodar der Walachei Bibesco eine treulose Rolle spielt, indem er sich an die Spitze der liberalen Bewegung stellte, um den Russen den Vorwand zum Einrücken zu geben. Nach den heutigen Nachrichten vom 27. sind diese bereits in Jassy eingerückt und eilen in schnellen Märschen nach Bukarest. Die Englischen und Französischen Consuls sandten von dort sogleich Couriere nach London und Paris ab.

Im Ministerrath wurde beschloffen, unverzüglich die Heeresmacht in Italien um 60,000 Mann zu verstärken. Es wurde an sämtliche Generalcommandos in den Provinzen der Befehl erlassen, alle disponiblen Truppen sogleich nach Italien in Marsch zu setzen.

(H. V. - H.)

Brünn, 29. Juni. Endlich scheint man von dem frühern Systeme, bataillons- oder höchstens regimentenweise die Armee in Italien zu verstärken, abgekommen zu sein; nachdem schon sechs Regimenter aus Galizien gezogen worden sind, ist soeben dem in Schlesien eingerückten Regimente Mazzuchelli und den letzten zwei Galizischen Regimentern, die noch in dieser Provinz liegen, Parma und Hartmann, der Marschbefehl nach Italien zugegangen und sind dieselben bereits aufgebrochen. Alle diese Regimenter befinden sich auf dem Kriegsfuß und werden in Galizien durch errichtete vierte Bataillone, wozu auch Offiziere aus dem Pensionsstande genommen wurden, ergänzt. Die Militäraushebungen und Rüstungen danern auch sonst fort.

Wesht, 28. Juni. Das Ministerium hat beschloffen, die Festung Komorn zu armiren. Es wird dieser Tage bereits eine Militärkommission dahin gehen, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. — Der Kronhüter Baron Nikolaus v. Bay, welchen das Ministerium zum außerordentlichen Regierungskommissar über Siebenbürgen bestellt, hat auch dort das Standrecht allgemein verkünden lassen. — Der ungarische Landtag, welcher am 2. Juli eröffnet werden sollte, wird es erst einige Tage später. Als die Hauptaufgabe desselben bezeichnet das ministerielle Pestu Hirlap die Bewilligung einer enormen Zahl von Soldaten und Geld; 60,000 Mann, sagt das Blatt, seien bei Weitem nicht hinlänglich, um Ungarn in seiner neuen europäischen Stellung und die Dynastie aufrecht zu erhalten. Allgemein ist die Meinung, daß das Ministerium dem Landtage nicht nur die Uebernahme eines angemessenen Theils der österreichischen Staatsschuld, sondern auch die nachdrücklichste militärische Unterstützung der Dynastie im ganzen Umfange der österreichischen Monarchie vorschlagen werde. — Der Königl. Statthalter Erzherzog Stephan, der Kultusminister Baron J. Cötvös und der Minister der Kommunikationen, Graf Stephan Szeghenyi, sind gestern aus Innsbruck hier zurückgekehrt. Die Stimmung ist hier eine sehr gedrückte. Man sah im Geiste schon den Hochverräter Jellachich in Ketten von Innsbruck abführen. Dem entgegen erscheint jetzt der Ban Jellachich mächtiger und stolzer als je. Der illyrische Aufstand, wenn er sich noch durch das Zauberwort seines Meisters Jellachich beschwören läßt, scheint nach Allem, was wir darüber aus unterrichteter Quelle vernehmen, nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Der Wiederausbruch wird von dem Verhalten des ungarischen Landtages in der Staatsschuldfrage und wegen der Rekrutenaushebung abhängen. Jedenfalls scheint die Revolution bei uns noch nicht zu Ende zu sein. — Der aus Prag vom Slawenkon-gress heimkehrende Dechant von Neusatz ist hier auf der Durchreise verhaftet worden.

(D. A. Z.)

Wesht, 29. Juni. Unsere Doppelstadt befindet sich gegenwärtig in einer unbeschreiblich aufgeregten Stimmung. Der Finanzminister Kossuth, der Schöpfer und Träger der Ungarischen Freiheitscharte, will aus dem Ministerium treten, und dies wenige Tage vor der Eröffnung des Landtags! Der rabulale „Marxius 15-bite“ zeigt bereits den Rücktritt Kossuth's an und stößt in seiner Weise in die Kriegspfaune. Die ministeriellen Blätter erwähnen noch nichts davon. Wir erfahren aber aus zuverlässiger Quelle, daß in dem gestrigen mehrstündigen Ministerrath Kossuth allerdings seine Demission für den Fall gegeben, wenn seine energische und kriegerische Politik gegenüber der Reaktion nicht angenommen wird. Der Minister des Innern, B. v. Szemere, ist entschieden auf Seiten Kossuth's, die andern Minister aber schwanken noch. Der Minister Graf Stephan Szeghenyi war gestern nicht hier. Ein Ungarisches Ministerium ohne Kossuth ist jetzt nicht denkbar, und sein Austritt wäre jedenfalls der Beginn eines furchtbaren Kriegs.

(D. A. Z.)

Wesht, 2. Juni. Schon seit vorgestern stand in Wien das Dampfboot „Ferdinand“ für den Erzherzog Johann in Bereitschaft, welcher hierher und nach Agram reisen sollte, um eine Vermittelung zwischen Ungarn und den Illyriern zu versuchen. Da aber unser Ministerium beschloffen hat, keine Vermittelung anzunehmen, so wird der Erzherzog Johann wohl in Wien bleiben. Der Waffenstillstand, welchen der Ungarische Feldmarschall-Lieutenant Hrabsky, Kommandant von Peterwardein, mit den Insurgenten abgeschlossen, geht am 4. d. M. zu Ende.

Aus Agram melden Berichte vom 29. vor. Mts. den am Mittwoch Nachmittag unter ungeheurem Enthusiasmus des Volks statt gefundenen Einzug des aus Innsbruck zurückkehrenden Banus Jellachich. Seine Ankunft wurde schon seit Sonntag vergeblich erwartet, und da sich die finsternen Gerüchte verbreitet hatten, so sah das Volk mit unbeschreiblicher Sehnsucht der Stunde seines Eintreffens entgegen. Dreihundert Damen der ersten Familien des Königreichs waren ihm, mit Fahnen und Bändern geschmückt, entgegen gegangen, und die Nationalgarde zog seinen von den Damen mit Blumen geschmückten Wagen durch die Stadt (!). In seiner Anrede hob der Banus, indem er das Volk zur Ruhe ermahnte, besonders hervor, daß eine Ausgleichung mit Ungarn im Werke sei und daß er das geliebte Kroatien in Wahrung seiner Nationalität stets mit seinem Leben vertheidigt haben würde. Es haben sich bereits Tausende gesammelt, um bewaffnet an die Gränze zu ziehen. Am Montag sollen die Reichstags-Verhandlungen wieder beginnen. Ein Courier wurde sogleich nach den unteren Gegenden geschickt, um das Volk benachrichtigen, daß der Banus glücklich eingetroffen sei.

Triest, 28. Juni. Heute früh wurden wir mit der Nachricht überrascht, daß die feindliche Flotte die Gewässer verlassen habe und von der Küste aus nicht mehr sichtbar sei. Ein zur Recognoscirung ausgesendetes Dampfboot brachte die Bestätigung.

(A. Z.)

— In Folge der Protestationen von Baierns und Preußens Vertretern in Turin hat Karl Albert die Blockade von Triest aufheben lassen. Das

Geschwader Albini's ist bereits vor dem berühmten Freihafen verschwunden. Auch die Gränze von Tyrol wird von den Piemontesen nicht mehr berührt, seitdem Graf Harlin von Novaredo aus sie darauf aufmerksam gemacht hat, daß Tyrol zum Deutschen Reiche gehöre. Nadeždy hat längs der Tyroler Grenze überall Pfähle mit der Inschrift: „Deutsches Bundesgebiet“, eingerammten lassen. Das Fort Malghera, welches die Eisenbahn-Brücke über die Eugunen, also den Hauptzugang zu Venedig beherrscht, wird von den Oesterreichern beschossen.

F r a n k r e i c h.

Paris, 3. Juli. In der Sitzung der National-Versammlung am 1. Juli gab sich der Versammlung nach schweren und trübten Tagen einmal ein Anlaß, recht herzlich zu lachen. Es wurden nämlich zwei Petitionen vorgelegt, die eine, in der ein Herr Varette die gesetzliche Einführung der Polygamie verlangt und die andere, in der ein Herr Moniot die Wiederherstellung des republikanischen Kalenders fordert. Noch größere Heiterkeit erregte aber die Petition eines Herrn P. A. Nemicee aus Korsika, der verlangt, daß Louis Napoleon als Kaiser an die Spitze der Republik gestellt werde, obwohl dies Letztere minder lächerlich ist. Mag auch Louis Napoleon eine lächerliche Person sein, so ist es doch die „Republik“, mit dem Kaiser an der Spitze, nicht; die Franzosen haben da schon einmal eine Probe gemacht. In den Zeiten des heftigsten Soldatendespotismus konnten die Franzosen auf ihren Münzen lesen: République française — Napoleon Empereur, und wer steht uns dafür, daß diese politische Farce mit der „Republik“ nicht noch einmal eingeführt wird?

Die Transporte der den Insurgenten und den drei entwaffneten Legionen der Nationalgarde abgenommenen Waffen nach Vincennes dauern noch immer fort, jeden Abend zieht eine unabsehbare Wagenreihe, von Kavallerie-Regimentern eskortirt, nach Vincennes. Es wird behauptet, man habe bis jetzt schon 200,000 Gewehre und 85,000 Säbel dahin gebracht, Pistolen, Piken, Beile und dergl. ungerechnet. Freilich ist es richtig, daß ganz Paris im Februar bewaffnet war, daß die Anarchisten von der Beute der Februartage heimlich ganze Arsenale für künftige Fälle anlegten, daß seit 2 Monaten unaufhörlich Munition fabrizirt und ein gemeinsamer, ungeheurer Schlag seit lange vorbereitet war.

Die Deutsche Ztg. enthält nachstehendes Schreiben aus Paris vom 1. Juli: „Nach den Tagen der furchtbaren Erschütterung ist die natürliche Abspannung eingetreten; die Blätter sind leer, Bemerkenswerthes geschieht Nichts, höchstens werden die abenteuerlichsten Gerüchte herumgetragen. Ungeachtet dieser Abspannung ist die Stimmung keine unbehagliche; man fühlt sich wohl unter der starken, diktatorischen Gewalt, man rühmt die Regierung, in der drei Generale sitzen (Cavaignac, Lamoricière, Bebeau), man verurtheilt die schwankende, unsichere Exekutivkommission, und Lamartine wie Ledru Rollin müssen unter der Last dieser Impopularität leiden. Wir erwähnen diese Thatsache ohne weitere Reflexion; sie spricht für sich selbst und zeigt uns den Weg, auf den die Anarchisten die politische Gesellschaft nothwendig drängen müssen. Die Franzosen bewahren aber dabei eine politische Tugend, die wir ihnen ablernen könnten. Aller Parteihader, alles kleine Gezänk verstummt; man hat den politischen Instinkt, daß es in solch' einem Augenblick die Rettung des Vaterlandes gilt, und keine Meinungsdivergenzen vor dem Gewicht der Verhältnisse schwinden müssen. Die neue Regierung ist mit allen Symptomen eines starken, ja gewaltthätigen Regiments aufgetreten; es fällt aber der unermesslichen Mehrheit der Nation nicht ein, das unangenehm zu finden, man ruft an der Seine wie an der Rhone und Loire diesem festen und bewußten Auftreten Beifall zu. So zeigen uns die Franzosen das beneidenswerthe Schauspiel eines Volkes, dem der nationale und politische Trieb viel mächtiger inne wohnt, als uns mit aller Ideologie, Begeisterung und Meinungs-Individualismus; wir wissen uns in solche Lage viel schwerer zu finden, weil wir seit Jahrhunderten weder gewohnt sind, eine Nation zu sein, noch regiert zu werden; vielmehr kann es in dem Augenblick, wo wir diese Sünde der Vergangenheit tilgen wollen, eine Handvoll Leute wagen, die Nation ganz naiv zum Aufruhr aufzufordern gegen die neue zu Recht bestehende Gewalt. Was würde wohl General Cavaignac thun, wenn im Augenblick einer ersten Krisis ein Machwerk, wie das berühmte Plakat des „demokratischen Centralausschusses“, sich an „das Volk“ wenden wollte, was würde die öffentliche Meinung thun? Wo fände sich da ein Mann von Ehre, der nicht offen protestirte gegen jede Verührung mit solch' einem Getreibe, der nicht laut seinen Unwillen darüber an den Tag legte, daß man seinen Namen zu einem politischen Puff mißbraucht hat? Wer möchte der politische Robert Macaire sein, in solch' einem Augenblick à deux mains zu spielen und sich die Chancen der Legalität wie der Rebellion offen zu halten?“

Paris, 4. Juli. Noch immer fragt man sich, wer sind die eigentlichen Häupter der Verschwörung gewesen? daß diese ihren Sitz in der Masse der Arbeiter, in den National-Verstätten hatte, ist nach den Erklärungen des General Cavaignac nicht mehr zweifelhaft. Doch wer dieselbe organisirte, wer sie in der Ausführung befehligte und leitete, darüber hat man vorläufig nur Muthmaßungen. Genannt werden der vielerwähnte Kersausie, ehemaliger Husarenoffizier, Napoleon Lebon, Destotte und mehrere andere, ebenfalls schon früher erwähnte, insbesondere ein gewisser Armand, der vorzugsweise eine große Geschicklichkeit im Barricadenbau besaß. Allein alle diese Angaben sind unsicher. Die Insurgenten beobachteten das vollständigste Schweigen. — Merkwürdig ist auch das Geheimniß, das die Insurgenten in Betreff ihrer Todten und Verwundeten zu bewahren suchen. Aerzte wurden zu Verwundeten in der Vorstadt St. Antoine gerufen; sie leisteten die Behandlung ein, und versprachen wiederzukommen. Doch als sie zurückkehrten waren die Verwundeten fort, und auch keine Todten da. — Paris ist ruhig, sieht aber noch sehr kriegerisch aus. Auf Straßen und Plätzen Pyramiden von zusammengestellten Gewehren und gelagerten Truppen. Besonders auf den Plätzen sieht man Pferde und Menschen durcheinander gelagert. Die Todten sind noch nicht alle aus den Hospitälern fortgeschafft.

Die Verluste der mobilen Nationalgarde sind jetzt constatirt, sie hat 156 Offiziere und 2000 Mann verloren. — Oberst Dumoulin, ehemaliger Adjutant des Kaisers und während einiger Tage nach der Februar-Revolution Gouverneur des Louvre, ist verhaftet worden.

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, 2. Juli. Aus Irland gehen jetzt beruhigendere Nachrichten ein. Die aufrührerische Partei wird in den nächsten Monaten nichts unternehmen und die Herden das Landvolf beschäftigen. Doch scheint diese

Partei noch immer mächtiger als die der O'Connell, welche ihr altes Versammlungshaus, die Versöhnungs-Halle in Dublin, Schulden halber verkaufen muß. Die Kriegspartei steht in Unterhandlung, es sammt den darauf haftenden Schulden von 900 Pfd. zu übernehmen. Die Eisenbahn von Dublin nach Limerick sollte heute vom Lord-Lieutenant feierlich eröffnet werden.

Gegen 50 Deutsche Schiffe liegen zu Cowes vor Anker, indem sie ihre Fahrt aus Furcht vor den Dänischen Kriegsschiffen nicht fortzusetzen wagen. Da ihre Schiffsvorräthe theilweise aufgebraucht sind, so sind sie bei der Zollverwaltung um die Erlaubniß eingekommen, ohne Zollvergütung von andern Schiffen sich die nöthigen Bedürfnisse zu beschaffen, was sehr wahrscheinlich gewährt werden wird.

G e t r e i d e - V e r i c h t.

Berlin, 7. Juni.

Am heutigen Markt waren die Preise:

Weizen, 46 — 48 Thlr., Roggen, in loco 24 — 27 Thlr.
Gerste, 22 bis 23 Thlr. Hafer, 48 — 52 pfd. 16 — 18 Thlr.
Rüböl in loco 9 7/8 Thlr., pr. Sept. — Okt. 10 1/2 Thlr. Br., 1/2 G.

Stettin, 7. Juli.

Weizen, zu 44 — 50 Thlr. zu haben.
Roggen, 24 — 26 Thlr. gefordert; 25 Thlr. pr. Sept. — Oktober bez.
Gerste, 18 — 24 Thlr. und Hafer zu 14 — 16 Thlr. zu haben.
Russisches Mehl, 1 Thlr. pr. Str. zu haben.
Rüböl, 9 1/2 Thlr. gef., 10 Thlr. pr. Sept. — Okt., auch 9 1/2 Thlr. bez.
Spiritus, 21 1/2 % gef., 22 1/2 % in loco mit Faß bez.
Zink, pr. Str. 3 3/4 Thlr.

Heutiger Lastadie-Landmarkt. Preise:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
42—44 Thlr. 24—25 Thlr. 18—20 Thlr. 14—16 Thlr. 26—28 Thlr.

Berliner Börse vom 7. Juli.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

St. Schuld-Sch.	Zf	Brief.	Geld.	Gem.	Kar.-u. Nm. Pfdb.	Zf	Brief.	Geld.	Gem.
Seeh. Präm. Sch.	3 1/2	73 1/4	72 3/4	—	Schles. do.	3 1/2	89 1/4	88 3/4	—
K. u. Nm. Schuld.	3 1/2	—	86 1/2	—	do. Lt. B. gar do.	3 1/2	—	—	—
Berl. Stadt-Gbl.	3 1/2	—	—	—	Pr. Bk. Anth-Sch.	—	—	—	79 3/4 a 79
Westpr. Pfandbr.	3 1/2	—	75 3/4	—	Friedrichsd'or.	—	13 3/4	13 1/6	—
Grosb. Posen do.	4	—	88 1/2	—	And. Gldm. a 5 th.	—	12 3/4	12 1/2	—
do do.	3 1/2	—	75 3/4	—	Disconto.	—	—	5 1/2	—
Ostpr. Pfandbr.	3 1/2	—	—	—					
Pomm. do.	3 1/2	88 1/2	88	—					

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—	—	Poln. neue Pfdb.	4	—	84 3/4	—
do. bei Hope 3 4. s.	5	—	—	—	do. Part. 500 Fl.	4	—	61	—
do. do. 1. Am.	4	—	—	—	do. do. 300 Fl.	—	84 1/2	—	—
do. Stiegl. 2. 4. A.	4	81	—	80	Hamb. Feuer-Cas.	3 1/2	—	—	—
do. do. 5. A.	4	—	—	—	do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	97 1/2	—	Holl. 2 1/2 % Int.	2 1/2	—	—	—
do. Poln. Schatz O.	4	60 1/2	—	61 60	Kurb. Pr. O. 40 th.	—	—	23 1/2	—
do. do. Cert. L. A.	5	71 1/2	—	71 1/4	Sardin. do. 36 Fr.	—	—	—	—
dsgl. L. B. 200 Fl.	—	11	—	—	N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	16	—
Pol. Pfdb. a. a. C.	4	—	84 3/4	—					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinssatz	Reinertr. 4%	Tages-Cours	Priorit. Actien	Zinssatz	Tages-Cours
Berl. Anh. Lit. A. B.	4 7/8	82 bz.		Berlin-Anhalt . . .	4	80 1/2 B.
do. Hamburg . .	4 2 1/2	58 1/2 G.		do. Hamburg . .	4 1/2	85 1/2 G.
do. Stettin-Stargard	4	68 1/2 bz.		do. Potsd.-Magd.	4	—
do. Potsd.-Magdebg.	4	45 B.		do. do.	5	81 bz. u. B.
Magd.-Halberstadt .	4	78 1/2 a 2 bz.		Magd.-Leipziger . .	4	—
do. Leipziger . . .	4	15 —		Halle-Thüringer . .	4 1/2	78 1/2 a 77 1/2 bz.
Halle-Thüringer . .	4	49 B.		Oeln-Minden . . .	4	86 1/2 B.
Oeln-Minden . . .	3 1/2	71 bz.		Rhein. v. Staat gar.	3 1/2	—
do. Aachen	4	52 B.		do. 1 Priorität . .	4	—
Bonn-Cöln	4	—		do. Stamm-Prior.	4	61 1/2 B.
Düsseld.-Elberfeld .	4	62 G.		Düsseld.-Elberfeld .	4	—
Steele-Vohwinkel . .	4	—		Niedersch.-Märkisch.	4	78 G.
Niedersch.-Märkisch	3 1/2	67 1/2 bz.		do. do.	5	590 G.
do. Zweigbahn . .	4	—		do. III. Serie . .	4 1/2	585 a 86 bz.
Oberschles. Lit. A.	3 1/2	679 a 78 u 79 u 6		do. Zweigbahn . .	4 1/2	—
do. Lit. B.	3 1/2	679 a 78 u 79 u 6		do. do.	5	563 G.
Cosel-Oderberg . . .	4	—		Oberschlesische . .	4	—
Breslau-Freiburg . .	4	5 —		Cosel-Oderberg . .	5	87 1/2 G.
Krakau-Oberschles.	4	33 1/2 G.		Steele-Vohwinkel . .	5	—
Bergedorf-Märkische	4	45 1/2 bz.		Breslau-Freiburg . .	4	—
Stargard-Posen . . .	4	96 61 1/2 bz.				
Quittungs-Bogen.				Ansl. Stamm-Actien.		
Berlin-Anhalt. Lit. B.	—	80 a 79 1/2 bz.		Dresden-Görlitz . .	4	65 G.
Brieg-Neisse	4	90 —		Leipzig-Dresden . .	4	87 1/2 G.
Magdeb.-Wittenberg	4	90 41 G. 70% 40 G.		Chemnitz-Risa . . .	4	24 G.
Aachen-Maastricht . .	4	60 —		Sächsisch-Bayerische	4	73 1/2 G.
Thür. Verbind.-Bahn	4	20 —		Kiel-Altona	4	86 G.
Ansl. Quittgs.-Bogen.				Amsterdam-Rotterdam	4	—
Ludw.-Borback 24 Fl.	4	90 —		Mecklenburger . . .	4	—
Peather . . . 26 Fl.	4	80 —				
Fried.-Willk.-Nordb.	4	85 35 1/2 a 36 n. 35 1/2				

Barometer- und Thermometerstand

bei G. F. Schult & Comp.

Monat Juli.	7.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	7.	339,43'''	338,30'''	337,59'''
Thermometer nach Réaumur.	7.	+ 10,2°	+ 22,6°	+ 15,5°

Beilage.

Sonnabend, den 8. Juli 1848.

Usedom, 5. Juli. (Privatmitth.) Die Rückkehr des Prinzen von Preußen hatte den hiesigen städtischen Behörden, den Geistlichen des Orts und vielen anderen Einwohnern Veranlassung gegeben, ihre Liebe und Anhänglichkeit durch eine Adresse auszudrücken, welche Sr. Königlichen Hoheit durch einen Deputirten überreicht wurde. Dem Magistrat ist hierauf folgendes Schreiben zugegangen:

„Mit Vergnügen habe Ich die herzliche Versicherung Ihrer Anhänglichkeit empfangen und sage Ihnen meinen Dank dafür. Die unverbrüchliche Treue der Pommerschen Herzen, von der Sie reden, kenne Ich seit lange, und es gereicht Mir zu voller Genugthuung, Statthalter einer Provinz zu sein, in deren unwandelbarer Gesinnung Ich die sichere Bürgschaft finde, daß die neue Entwicklung unseres Vaterlandes, der Ich Meine besten Kräfte zu widmen entschlossen bin, auf dem Wege der Ordnung und des Gesetzes zu vollem und gedeihlichem Resultate führen werde.“

Schloß Babelsberg, am 21sten Juni 1848.

Prinz von Preußen.

An den Magistrat zu Usedom.

Auf Grund des nachfolgenden Programms hat sich der patriotische Klub hieselbst constituirt. Das Klub-Lokal ist für jetzt im Café royal. Die Sitzungen werden in der Regel öffentlich abgehalten und durch die Zeitungen vorher bekannt gemacht werden. Neue Mitglieder sind beim Vorstande anzumelden.

Stettin, den 6ten Juli 1848.

Der Vorstand.

Senke. Pazschke. v. Loeper.

Programms.

Wir wollen volle Verwirklichung der Volksfreiheit, wir wollen also gleiche Berechtigung Aller und eine durch alle Schichten des Staats-Organismus gegliederte Selbstregierung.

Wir halten eine auf dem Volkswillen ruhende und dadurch starke constitutionelle Monarchie für die wahrhaft volkthümliche und die Freiheit in unserm Vaterlande allein sichernde Staatsform.

Wir werden daher sowohl den absolutistischen als den republikanischen Bestrebungen entgegen treten, und halten dafür, daß die Freiheit Raum und Kraft genug gewonnen habe, um sich auf gesetzlichem Wege weiter zu gestalten.

Da die Freiheit nur auf dem Boden der Wahrheit und Sittlichkeit wurzeln kann, so werden wir insbesondere denen entgegenzutreten, welche durch Anreizung, Verächtigung und Gewaltthat ihre politischen Zwecke zu erreichen suchen.

Wir wollen ein einiges, nach Innen und Außen starkes Deutschland.

Wir erwarten die Beseitigung auch der socialen Uebelstände von einer geordneten Freiheit, namentlich von der freien Vereinigung, der Presse, und einer Umgestaltung des Volks-Unterrichts.

Die nächste nicht öffentliche Sitzung findet am Sonnabend den 8ten d. M., Abends 9 Uhr, im Klublokale statt.

Die Versammlung des Norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes zu Hamburg hat in ihren Sitzungen vom 2. bis 6. Juni d. J. beschlossen:

einen Congreß Deutscher Handwerker zum 15. Juli d. J. nach Frankfurt a. M. zu berufen, um die daselbst versammelten Vertreter Deutscher Nation über die Zustände, Wünsche und Erwartungen des Volks auch in speciellen Beziehungen in Kenntniß zu setzen, und das, was dem Handwerkerstande besonders Noth thut, vor Augen zu legen.

Wir sind von der in Hamburg niedergelegten Commission der Versammlung des Norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes aufgefordert worden, für die Wahl eines Abgeordneten zu diesem Congreß für Stettin und dessen Umgebung Sorge zu tragen, und indem wir uns diesem Auftrage hiermit unterziehen, haben wir beschlossen, eine Versammlung der Altmeister der verschiedenen Gewerke nach Stettin zur Vornahme dieser Wahl zu berufen.

Wir erlauben uns daher, die sämmtlichen Alterleute der verschiedenen Gewerke unserer Stadt hiermit aufzufordern:

entweder selbst oder durch Stellvertretung eines ihrer Gewerksmeister am 10. Juli d. J., Nachmittags 4 Uhr, im hiesigen Schützenhause sich gefälligst einzufinden, um nach vorhergegangener Besprechung zur Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt a. M. zu schreiten.

Nothwendig wird es dabei sein, daß jeder Erscheinende mit einer Vollmacht seines Gewerkes versehen ist, welche dahin ausgedehnt sein muß, daß das zur Deckung der Kosten für den Abgeordneten benötigte Geld aus den resp. Gewerks-laden bewilligt werden kann, was, da vielleicht fast sämmtliche Gewerks-laden des Stettiner Regierungsbezirks dazu beisteuern werden, für die einzelne Rasse nur unbedeutend sein kann.

Herr Stadtrath Sternberg hat die Leitung dieser Wahlversammlung gütigst übernommen. Stettin, den 5. Juli 1848.

Die Alterleute des Maurer- und Zimmergewerks.

Im Auftrage: W. Bessin. Kämmerling.



Extrafahrt

nach Stargard und Doelitz

und zurück

Sonntag den 9ten d. M.

Hinfahrt, Morgens 6 Uhr ab von Stettin,
7 Uhr 24 Minuten von Stargard,
7 Uhr 56 Min. Ankunft in Doelitz.

Rückfahrt, Abends 8 Uhr von Doelitz,
8 Uhr 36 Minuten von Stargard,
9 Uhr 22 Minuten von Damm,
einige Min. später von Finkenwalde.

Sämmtliche Züge halten an diesem Tage im Doelitzer Walde an.

Sämmtliche für die Fahrt nach Doelitz an diesem Tage gelassenen Billets gelten für die Hin- und Rückfahrt. Stettin, den 7ten Juli 1848.

Direktorium der Stargard-Posenener Eisenbahn-Gesellschaft.

M a s c h e.

Officielle Bekanntmachungen.

Die vollständige Reinigung der Latrine der Kaserne am Schneckenhor, oder auch nur die Abfuhr des Düngers, ohne Uebernahme der Reinigung, soll dem Mindestfordernden überlassen werden. Desfallsige Anerbietungen können jederzeit in unserem Bureau, Nödenberg No. 249, mündlich oder schriftlich abgegeben werden. Zur Erledigung der eingegangenen Offerten ist demnächst ein Termin auf Mittwoch den 12ten Juli, Vormittags 10 Uhr, in unserem Bureau angesetzt worden, wo auch die näheren Bedingungen täglich einzusehen sind. Stettin, den 26. Juni 1848. Königl. Garnison-Verwaltung.

Literarische und Kunst-Anzeigen.

Von den

Patriotischen Blättern

ist die erste Nummer bereits erschienen und werden Bestellungen darauf hier in Stettin in der Expedition, Neuen Markt No. 952, und auswärts von den Königl. Postämtern entgegen genommen.

Erwald Genzensohn.

Entbindungen.

Die heute erfolgte Entbindung seiner Frau von einem gesunden Knaben zeigt ergebenst an
W. Kirstein.

Dranienburg, den 6ten Juli 1848.

Todesfälle.

Nach neunwöchentlichen Leiden verschied heute Mittag gegen 1 Uhr sanft meine geliebte Schwester Henriette. Dies allen Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung, um stille Theilnahme bitend. Stettin, den 7ten Juli 1848.

Albertine Dalitz.

Nach langen Leiden entschlief heute früh sanft mein geliebter Mann und unser Vater, der Schuhmachermeister Nisemann, welches tief betrübt Freunden und Verwandten hiemit ergebenst anzeigen die hinterbliebene Wittwe Nisemann, geb. Hansen, nebst Kinder.

Zugleich verbinde ich hiemit die Anzeige, daß das von meinem Manne geführte Geschäft nach wie vor unter Leitung meines ältesten Sohnes fortgeführt werden wird. Wittwe Nisemann, geb. Hansen.

Subhastationen.

Nothwendiger Verkauf.

Erster Senat des Ober-Landesgerichts zu Coeslin, den 31sten Dezember 1847.

Das Rittergut Zuchen, im Belgardischen Kreise, landschaftlich abgeschätzt auf 21,772 Thaler 4 Silbergroschen 10 Pfennige, ausfolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen im dritten Bureau einzusehenden Taxe, soll

am 8ten August 1848, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Auktionen.

Die Auktion über die beim Pfandleiher Baumann niedergelegten und verfallenen Pfänder, bestehend in Gold, Silber, Uhren, Kleidungsstücken, Leinwand, Betten u. dgl. m. wird am 10ten Juli c. und an den folgenden Tagen, jedesmal Vormittags 9 Uhr, Königsstraße No. 184 fortgesetzt.

Reisler.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Durch vortheilhaften Einkauf bin ich im Stande, besten neuen Matjes-Hering à Stück 6-9 pf. zu verkaufen.

Julius Lehmann, Heiligegeist- und Schützenstraßen-Ecke.

Aus dem Schiffe „Champion“, Capt. Fawcett, von Genua in Stralsund angekommen, sind bereits vor einigen Tagen an mich per Leichter

extra feines und feines Nizza-

Speise-Öel,

Neue Verdami-Citronen,

Nonp. u. surf. Capern,

Macaroni und

Citronat und Drageat

abgeladen und empfehle davon bei Parthien und Kleinigkeiten zu den billigsten Preisen.

J. F. Krösing,

oberhalb der Schuhstraße No. 626

Eingeschnittene Ananas in Gläsern und Catharinen-pflaumen empfiehlt

August Otto.

Maraschino, echt holländ. Curacao und Anisette empfiehlt

August Otto.

Engl. Porterbier in kleinen Flaschen bei

August Otto.

Büchsen, Säbel, Degen u. Hirschfänger jeder Art empfing in größter Auswahl

C. A. LUDEWIG,

Grapengießerstraße No. 416.

Holl. Käse, a Pfd. 7 sgr., in Broden
Schweizer Käse, a Pfd. 8 sgr., billiger,
grünen Schweizer Käse, a Pfd. 8 sgr., bei
Julius Lehmann,
Vollwerk und Heiligegeiststraße.

Ein gutes Fortepiano ist besonderer Umstände halber für 20 Thlr. zu verkaufen.

Gradow No. 9 a, der Dorfschule gegenüber.

Feinste Schleifische Gebirgs-Kräuter-Butter in Kübeln von 10-20 Pfd. empfing die erste Sendung und offerirt davon billigt

Erhard Weißig.

Fetten Schweizer-Käse, a Pfd. 5 sgr., und

Feinsten Holl. Käse, a Pfd. 7 sgr., offerirt

Erhard Weißig.

Von dem beliebten Rollen-Barinas, a Pfd. 10 sgr., empfing eine neue Sendung

Erhard Weißig.

Neuen Holländ. Süßmilch-Käse,

a 6 sgr. pro Pfd., in ganzen und halben Broden noch billiger, offerirt

J. W. Kraß.

Neuen Matjes-Hering, pr. Stück 6 pf., empfing

Erhard Weißig.

